

wirtschaftliche Faktoren wie die hohe Inlandssparquote, die dynamische Privatwirtschaft oder der attraktive Arbeitsmarkt, aber auch die hohe Lernbereitschaft, die aktuelle Verfassungsänderung und der Pragmatismus der politischen und wirtschaftlichen Eliten für ein Fortbestehen Chinas als vielversprechender Investitionsstandort sprächen, so würden allerdings die Vielzahl fauler Kredite und defizitärer Staatsbetriebe, die hohe Arbeitslosigkeit, die Energieknappheit und der langwierige Anpassungsprozess an die WTO-Regeln etc. potenzielle Risiken bergen. Die Bedeutung des chinesischen Marktes als Investitionsstandort schätzte die Referentin zusammenfassend trotz der Risiken als weiterhin groß ein.

Im letzten Vortrag zum Thema "Asiens neuer Regionalismus in der Handels- und Finanzpolitik" knüpfte Dr. Heribert Dieter (SWP Berlin) an Dr. Dirk Nabers Ausführungen zu den Freihandelsabkommen an. Den aufkeimenden monetären Regionalismus ostasiatischer Länder wertete er als Reaktion auf die Schwächung der WTO und den Reformstau in der internationalen Finanzordnung. Dieser äußere sich bis jetzt in der Anhäufung von Währungsreserven und den bloßen Überlegungen zur monetären Kooperation. Perspektivisch rechnet der Vortragende in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren mit einer ostasiatischen Währungs Kooperation, die den Yuan als Leitwährung haben werde – unter der Voraussetzung einer erfolgreichen Transformation und Öffnung des chinesischen Finanzsektors, der das Ende der Notwendigkeit zur Anhäufung von Währungsreserven bedeute.

Zum Abschluss der Tagung dankte Prof. Dr. Monika Schädler den Organisatoren und Teilnehmenden und resümierte in ihrem Fazit, dass der neue Regionalismus Ostasiens von der deutschen Wirtschaft nicht als Bedrohung, sondern vielmehr als Chance angesehen werden solle.

Katrin Willmann

Asien hat gewählt – Durchbruch zur Demokratie?

Münster, 21.10.2004

Das Jahr 2004 ist für den asiatischen Kontinent ein "Superwahljahr": In elf Ländern wurden insgesamt über eine Milliarde Menschen aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. Das Symposium "Asien hat gewählt – Durchbruch zur Demokratie?" hat dies zum Anlass genommen, die Frage der Demokratisierung Asiens näher zu beleuchten.

Das Symposium wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Asienhaus Essen sowie den Universitäten Bonn, Duisburg-Essen, Köln und Münster veranstaltet und fand am 21. Oktober 2004 vor großem Publikum in Münster statt. Als Redner fanden sich drei Vertreter asiatischer Länder ein: Dr. Kang Won-Taek vom Institut für Politikwissenschaft der Soongsil Universität, Südkorea; Dr. Daniel Theodore Sparringa vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Airlangga, Indonesien; und Herr Malaiz Daud, Geschäftsführer der Afghan Development Association, Afghanistan.

Als erster Redner sprach Dr. Kang nach kurzer Beleuchtung der (süd-)koreanischen Geschichte über Charakteristika bei den Wahlen von 2002 und 2004 in Südkorea. Eine bedeutende Rolle in seiner Analyse nimmt die sog. 386-Generation ein: Die 3 steht für die Menschen von 30 bis 39 Jahren, die 8 für die 1980er-Jahre, die Studienzeit dieser Jahrgänge, und die 6 für die 1960er-Jahre, die Geburtsjahre dieser Generation. Durch umfangreiches Datenmaterial belegt Dr. Kang, dass diese 386-Generation die progressivste Wählerschicht Südkoreas ist. Wie kommt es, dass sich gerade bei den 386ern ein Riss zwischen den Generationen abzeichnet? Dr. Kang begründet dieses Phänomen mit den Erfahrungen, die die 386er wäh-

rend ihrer Universitätszeit gemacht haben: Die 1980er-Jahre waren die Zeit der prodemokratischen Bewegung. Die Studierenden kämpften gemeinsam für den Wandel des autoritären Regimes und riskierten gemeinsam ihre Existenz. Große Unterschiede zwischen den Generationen ab 40 Jahren und denen bis Ende 30 zeigen sich in den Fragen nach der Beziehung zu den USA, der Einstellung zum National Security Law (NSL) und den Hilfen für Nordkorea. Während die älteren Generationen einer engen Beziehung zu den USA skeptisch und Nordkorea eher feindlich gegenüber stehen und das NSL als Schutz vor dem Kommunismus sehen, geben sich die jüngeren den USA gegenüber offen, empfinden das NSL als Werkzeug der Unterdrückung und haben zu Nordkorea einen pragmatischeren Zugang. Der Riss, der durch die Generationen geht, zeigt sich in diesen Punkten sehr deutlich.

Dr. Sparringa erläuterte in seinem Vortrag die Entwicklungen, die sich in Indonesien zwischen den Wahlen von 1999 und 2004 vollzogen haben. Hierzu gehören die Einführung eines Zwei-Kammer-Systems oder der Wechsel von der Parteien- zur Personenwahl. Große Probleme bestehen in der Korruption und der Befolgung der Menschenrechte sowie in personellen Verstrickungen zwischen dem alten und neuen System. In der Öffentlichkeit ist man sich über die Diskrepanzen – Ziele und Realität – bewusst, es herrschen Zynismus, Frustration und Angst vor Rückentwicklungen. Die Aufgabe der neuen Regierung wird daher sein, eine Balance zwischen Altem und Neuem zu finden. Die Wahl eines neuen Präsidenten bzw. die Nicht-Wahl von Megawati Sukarnoputri zeigt deutlich, dass die Indonesier sich noch immer den Wandel wünschen und ihre Hoffnung auf Demokratisierung und Wohlstand bewahrt haben. Überraschend gewann der ehemalige General Susilo B. Yudhoyono die Wahl. Hier stellt sich die Frage, ob die Wahl eines Mitgliedes der alten Herrschaftseliten nicht im Widerspruch zum Wunsch nach demokratischem Wandel steht. Dr. Sparringa stellt zur Erläuterung dieser Frage die ehemalige Präsidentin dem neuen Amtsinhaber gegenüber, indem er deren Positionen zu Themen wie Demokratie, nationale Einheit, Globalisierung, Reform des Militärs, Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftspolitik vergleicht. Dabei kommt Dr. Sparringa zu dem Ergebnis, dass Yudhoyono für Wandel steht, während Megawati für Kontinuität steht. An beiden Personen kritisiert er die Unklarheit vieler Äußerungen. Dr. Sparringa schloss seinen Vortrag mit der Frage ab, ob die derzeitige Situation die Ruhe vor dem Sturm sei oder ob eine echte Chance auf die Demokratie bestehe.

Herr Daud beschrieb in seinem Vortrag nach einem kurzen Überblick über die politischen Ereignisse der letzten drei Jahre in Afghanistan den Ablauf der Präsidentschaftswahlen in drei Phasen. In der Phase vor der Wahl waren Anspannung und Angst vorherrschend: Die Bedrohung durch die Taliban und Warlords, der Mangel an erfahrenen Wahlhelfern, Probleme bei der Registrierung oder Stimmenkauf gehörten zu den vorherrschenden Problemen. Die Wahl selber wurde von der afghanischen Bevölkerung als Fest begangen: Die Wahlbeteiligung war sehr hoch – entgegen der Befürchtungen auch bei den Frauen in traditionellen Taliban-Gebieten –, die Sicherheitslage blieb stabil und auch Vorfälle wie der mit der Tinte zur Kennzeichnung derjenigen, die schon gewählt hatten, oder Boykottaufrufe durch Präsidentschaftskandidaten konnten die Menschen nicht von den Urnen fernhalten. Der dritten Phase nach den Wahlen sah Herr Daud optimistisch entgegen. Er ging davon aus, dass die Stimmenauszählung Ende Oktober abgeschlossen, Karzai der neue Präsident sein werde und die Sicherheitslage stabil bleibe. Demokratie ist seiner Ansicht nach die einzige Chance für Afghanistan zum Fortschritt. Voraussetzung dafür ist eine Gesellschaft, die sich tolerant und kompromissbereit zeigt.

Allen Vorträgen folgten lebhafte Diskussionen mit den Referenten zur Frage des "Durchbruchs zur Demokratie" in ihren Ländern. Südkorea galt hierbei als Demokratie mit der längsten Tradition und den meisten Fortschritten, Indonesien als Hoffnungsträger für Demo-

kratisierung und Afghanistan als Kandidat mit entsprechendem Potenzial trotz mancher widriger Umstände.

Rebecca Hegemann

Internationale Konferenz *Women and Politics in Asia*

Colombo/Sri Lanka, 18.-20.11.2004

Die internationale Fachkonferenz *Women and Politics in Asia* (WPA) fand bereits zum zweiten Mal statt. Wurde sie im vergangenen Jahr unter Federführung skandinavischer Universitäten (Halmstad, Lund, Göteborg) in Zusammenarbeit mit dem *Nordic Institute for Asian Studies* (NIAS) in Schweden organisiert, stand die Nachfolgekonferenz in diesem Jahr ganz im Zeichen Südasiens. Koordiniert vom *Institute for Human Development and Training* (IHDT) in Colombo/Sri Lanka und unterstützt von Prof. Kazuki Iwanaga (Halmstad Universität, Schweden) war der Teilnehmendenkreis deutlich reduziert, was u.a. einen intensiveren und direkteren Austausch ermöglichte. Die Teilnehmenden kamen in der Mehrzahl aus Sri Lanka, Indien, Pakistan, Iran sowie Japan, Thailand, USA, Kanada und Deutschland. Die Konferenzsitzungen rund um die Themen politische Repräsentation, Partizipation und Performanz von Frauen in verschiedenen Ländern Asiens reichten von spezifischen Fallstudien, bspw. zu Quotenregelungen, bis hin zu vergleichenden Analysen von Wahlsystemen und ihrer Repräsentativität und Inklusivität in der heterogenen Region Asien sowie interregionaler Vergleiche (Kanada und Japan).

Der Fokus der Länderstudien lag eindeutig auf der südasiatischen Region (Sri Lanka, Indien, Pakistan) und spiegelte die innovativen Reformschritte in diesen Ländern in den letzten Jahren (Indien 1994, Pakistan 2002, Sri Lanka mit einer neuen Initiative Ende 2004) wieder, in denen über quотиerte reservierte Sitze erstmalig der politische Raum nachhaltig für Frauen geöffnet wird. Dieser Trend manifestiert sich auch in den neuen Wahlregelungen der für das kommende Jahr geplanten *opening elections* in Afghanistan und Irak, die reservierte Sitze in Parlament und Ältestenrat (Afghanistan) bzw. Quoten auf den Kandidatenlisten (Irak) festlegen, um die beiden (vormals) autokratischen Systeme repräsentativer und inklusiver zu gestalten. Dabei wurden während der Konferenz die Rolle von Frauen in der Politik über ethnische und religiöse Grenzen hinweg diskutiert und verschiedene Forschungsdesiderata herausgearbeitet: (a) Gender-Ideologien, politische Kulturen und politische Strukturen als intervenierende Variablen der politischen Partizipation von Frauen; (b) quantitative und qualitative Effekte und Auswirkungen dieser Partizipation im Hinblick auf Performanz und Politikstil; (c) Einfluss makrosozialer und mikropolitischer Faktoren wie Wahlsysteme, Wahlprozesse (bspw. Rolle von Medien, Kampagnen, politisch motivierte Gewalt) besonders im Hinblick auf die kontinuierliche Forderung der Einführung von Quoten als Königsweg zur Beseitigung des genderspezifischen Demokratiedefizites.

Herauszustellen ist, dass es im Rahmen der Konferenzgespräche über Länder- und Religionsgrenzen hinweg einen allgemeinen Konsens darüber gab, dass die notwendige Teilhabe von Frauen an den politischen Prozessen der jeweiligen Länder außer Frage steht. Demokratie – und elektorale Politik als ihr fundamentaler Stützpfiler – muss per Definition repräsentativ und inklusiv bezüglich der betroffenen Bevölkerung bzw. des betroffenen Elektorats sein. Dass dieser Weg lang und steinig ist, steht außer Frage. Aber in den Konferenzbeiträgen wurde mehr als deutlich, dass die innovativen Reformschritte in den südasiatischen Ländern traditionelle Machtstrukturen und Politikstile aufbrechen, die bisher weder durch Dekolonialisierungs- noch durch vorherige Demokratisierungsprozesse in Frage gestellt worden sind. Als